

Erste Vorstandssitzung des AKSH-Bund digital:

Wir wollen uns stärker vernetzen!

Schon im letzten Vorstand haben sich die Vorstandsmitglieder um Aufbau und die Begleitung regionaler Arbeits- und Gesprächskreise in den einzelnen Landesverbänden gekümmert. Das setzen wir fort.

Die homepage wollen wir in Kürze weiter aktualisieren und zu einer besseren und aktuelleren Informationsquelle für alle Interessierten ausbauen. Und erneut: Für alle, die nicht an der Jahrestagung im Januar teilnehmen konnten, hier findet Ihr ausführliche Berichte:

<https://aksh.spd.de/positionen/jahrestagung-2026>

AKSH.digital.bundesweit. Unser digitales Austauschformat wollen wir alle zwei Monate anbieten, anders als bisher auch mit aktuellen Themen und Referent*innen. Zu allen Terminen wird auch gesondert per Mail eingeladen – gebt die Informationen immer gerne weiter! Merkt euch Freitag, den 27. 3.26 um 18.00 Uhr schon mal vor. Hier ist auch schon der link:

<https://teams.live.com/meet/9339754467827?p=L5zGW7ZsYJCyee2uSJ>

Der Newsletter wird wie bisher etwa alle 2 Monate an Euch versendet - hier ist auch die Plattform für Eure Aktivitäten, die ihr überregional anbieten wollt. Schickt uns einfach eine Mail an aksh@spd.de.

Das neue Sprecher*innen-Team, Sabine Smentek und Gerhard Lein, will in den nächsten Wochen einige Gespräche innerhalb unserer Partei führen aber auch den Kontakt zu Säkularen in anderen Parteien und der Community suchen bzw. intensivieren.

Unsere Jahrestagung streben wir für Samstag, den 7. November 2026 in Hannover an. Vorgeschaltet werden soll eine Fachtagung Religions-/Ethikunterricht am Freitag, den 6. November.

Unsere Themenschwerpunkte ergeben sich aus den Diskussionen der Jahrestagung – Grundsätze-gesetz Staatsleistungen, Islamismus, Suizidhilfe, Weltliche Lebensbegleitung als Ergänzung zur Seelsorge, Religions-/Ethikunterricht. Dabei bleibt natürlich noch Raum für weitere aktuelle Themen, mit denen wir unserem Beratungsauftrag für den Parteivorstand gerecht werden wollen.

Wir haben vor am Tag der Einheit, 3. Oktober, Flagge zu zeigen. In diesem Jahr wird er vom Bundesland Bremen ausgerichtet.

Auch an der Entwicklung unseres neuen Grundsatzprogramms soll sich der AKSH beteiligen. Dieser ausführliche Prozess wird in den nächsten Bundesparteitag 2027 münden. Wenn einzelne von euch oder regionale Arbeits- Gesprächsgruppen sich beteiligen, lasst es uns wissen.

Nächste Vorstandssitzung digital: Mo. 27. 4. 2026

Für eine starke Stimme der Säkularität und des Humanismus in der SPD brauchen wir Eure Unterstützung!



Existenzrecht Gottes per Verfassung?

Von Martin Habersaat, Stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion Schleswig-Holstein

Die Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtags arbeiten an einer Änderung der Landesverfassung. Viele Themen wurden in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe im Konsens besprochen und vorgeschlagen. Eine Verfassung verändert das Leben nicht unmittelbar. Aber sie beschreibt, in welcher Gesellschaft wir leben wollen und wofür sich politisches Engagement lohnt. Viele Punkte der geplanten Reform sind ausdrücklich zu begrüßen, manche wurden von der SPD eingebracht: der Schutz vor Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die Förderung pflegebedürftiger Menschen und pflegender Angehöriger, der Schutz von Klima und Artenvielfalt. Besonders erfreulich sind auch die geplante Festschreibung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und das neue Grundrecht auf Wohnraum.

Doch in einem Punkt besteht erheblicher Widerspruch: Die Garantie eines analogen Zugangs wurde 2014 bewusst in die Verfassung aufgenommen, um Menschen vor digitaler Ausgrenzung zu schützen. Sie sollte die Sorge nehmen, durch die Digitalisierung abgehängt zu werden. Die geplante Streichung würde nun genau das Gegenteil bewirken. Deshalb konnte die SPD den ansonsten gemeinsamen Vorschlag zur Änderung der Landesverfassung nicht mittragen.

Derzeit heißt es in Artikel 14 Absatz 2: „Das Land sichert im Rahmen seiner Kompetenzen einen persönlichen, schriftlichen und elektronischen Zugang zu seinen Behörden und Gerichten. Niemand darf wegen der Art des Zugangs benachteiligt werden.“ Eine Mehrheit im Landtag will diesen Absatz nun ersetzen durch: „Das Land stellt die digitale Teilhabe an dem Zugang zu Behörden und Gerichten gemäß Absatz 1 für die Bürgerinnen und Bürger sicher, ohne dass dabei jemand benachteiligt werden darf.“ Das klingt ähnlich, bedeutet aber etwas völlig anderes. Der bisherige Anspruch auf persönlichen Kontakt - also das Recht auf analoge Zugänge - würde entfallen. Damit verlöre die persönliche Begegnung ihren verfassungsrechtlichen Schutz. Natürlich sollte der Staat barrierearme, digitale Zugänge zu Behörden und Gerichten schaffen, aber ein Benutzungszwang hilft niemandem. Der persönliche Kontakt hat einen Wert an sich, auch im Verhältnis des Staates zu seinen Bürgerinnen und Bürgern.

Bereits 2014 wurden viele wichtige Debatten rund um die Verfassung durch einen Streit um einen Gottesbezug überlagert, den es bisher nicht gibt. Damals hatte es eine große Initiative im Land gegeben, um das Wort Gott in der Verfassung unterzubringen. Ich selbst konnte und kann mir nicht vorstellen, die Existenz Gottes quasi in einer Verfassung festzuschreiben. Damals hatte ich an dieser Kompromissformulierung mitgewirkt: „In Achtung der Verantwortung, die sich aus dem Glauben an Gott oder aus anderen universellen Quellen gemeinsamer Werte ergibt, hat der Landtag in Vertretung der schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger diese Verfassung beschlossen.“ Diese Formulierung verfehlte die nötige 2/3-Mehrheit um eine Stimme. Damit war es entschieden, dachte ich. Man sollte das Thema nicht zu jeder Verfassungsänderung neu aufrufen. Gleichwohl gibt es aus kirchlichen und CDU-Kreisen derzeit den Versuch eines neuen Anlaufs. Allerdings: Die CDU hat im Landtag 34 von 69 Stimmen. Und zwölf Befürworter eines Gottesbezugs sehe ich in den anderen Fraktionen derzeit nicht. Demut gehe auch ohne Gott, sagte etwa Lasse Petersdotter, der Vorsitzende der Landtagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen im Landtag. In der Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns beispielsweise ist vom „Wissen um die Grenzen menschlichen Tuns“ die Rede. Es ist derzeit schwer abzuschätzen, ob das allen Mitgliedern im Gottesbezugsbündnis reichen würde...

Dazu auch: <https://hpd.de/artikel/neuer-vorstoss-fuer-gottesbezug-kiel-23487>

Gemeinsamer Gott in Saarlands Verfassung

Von Prof. Dr. Oliver Czulo, Mainz

Während die Debatte in Schleswig-Holstein wohl noch länger läuft, soll im Saarland nach dem derzeitigen Stand die Entscheidung über die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Präambel der saarländischen Verfassung noch diesen März fallen. Allerdings laufen die Debatten im Saarland größtenteils hinter verschlossenen Türen. Erst durch einen Beitrag der Saarbrücker Zeitung im Januar wurde der GKSH Rheinland-Pfalz darauf aufmerksam.

Die saarländische SPD erhofft sich durch die derzeit anstehende Überarbeitung der Verfassung unter anderem die Aufnahme von Artikeln, die die Menschenrechte stärken sollen. Nachdem die Idee eines Gottesbezugs wohl eigentlich schon von der Tagesordnung war, brachte eine Allianz von christlichen, muslimischen und jüdischen Religionsgemeinschaften einen konkreten Vorschlag ein, der lautete:

„Im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen, auf der Grundlage des religiösen und humanistischen Erbes, gibt sich das Volk des Saarlandes die folgende Verfassung.“

Dieser Vorschlag wird seitens der Union unterstützt. Zwar hat die SPD die absolute Mehrheit im saarländischen Landtag, für die nötige Zweidrittelmehrheit zur Verfassungsänderung braucht es aber die Stimmen der Union. Die einzige weitere Partei, die im Landtag vertreten ist, ist die AfD.

Die Saarbrücker Zeitung kommentierte in einem Leitartikel zum Vorstoß der Kirchen und Religionsverbände kritisch: „Die Religionsgemeinschaften verweisen zwar zu Recht darauf, dass sie hierzulande immer noch rund 70 Prozent der Menschen vertreten. Das bedeutet aber auch, dass sie 30 Prozent nicht vertreten. Viele davon wären mit dieser Formulierung eigentlich ausgeschlossen.“

Die Debatte werde seitens der SPD „ergebnisoffen“ geführt. Dies spiegeln auch die Einschätzungen wider, die uns von Genoss:innen aus dem Saarland erreichen: Eine klare Tendenz ist nicht zu erkennen. Die Kritik am Vorhaben ist bei der Saar-SPD angekommen, nun muss sie entscheiden.

Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen):

Wichtiger Impuls für Grundsatzgesetz



Der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat uns nach Lektüre unseres bei der Jahrestagung in Berlin beschlossenen Entwurf für ein Grundsatzgesetz geschrieben:

"Leider hat es das Thema nicht in den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 21. Wahlperiode des Deutschen Bundestags geschafft. Umso mehr begrüße ich, dass sich engagierte Mitglieder der SPD, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Bundestagsfraktion, weiterhin intensiv Gedanken darüber machen, wie wir in Sachen Ablösung der Staatskirchenleistungen in den kommenden Jahren doch noch vorankommen. Daher habe ich mich auch sehr gerne an einer entsprechenden Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion beteiligt. Dass nun aus den Reihen des AKSH ein Vorschlag vorgelegt wurde, wie ein Grundsatzgesetz konkret ausgestaltet werden müsste, setzt einen weiteren, wichtigen Impuls."

200. Geburtstag von Wilhelm Liebknecht

Am Sonntag, den 29. März 2026, jährt sich zum 200. Mal der Geburtstag von Wilhelm Liebknecht. Er gehörte zusammen mit August Bebel zu den Gründungsvätern der SPD und war in engem Kontakt mit Karl Marx und Friedrich Engels. Liebknecht wurde während seines politischen Wirkens für soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung im Deutschen Reich mehrmals verhaftet und verbrachte insgesamt etwa 6 Jahre seines Lebens in Haft (u. a. wegen „Majestätsbeleidigung“ und „Hochverrat“) – vor allem während des 12-jährigen Verbotes der SPD („Sozialistengesetz“ 1878 – 1890).

Er war bis zu seinem Tod am 7. August 1900 in Charlottenburg Mitglied des Reichstages. Sein Sohn Karl Liebknecht gehörte im Gefolge der Novemberrevolution 1918/19 zu den Gründern der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Wilhelm Liebknecht war bei Kaiser und Königen auch deshalb so verhasst, weil er ein überzeugter Atheist und Anhänger der Freidenker war und sich vehement gegen die enge Verbindung von „Thron und Altar“ einsetzte.

Die SPD (Landesvorstand Berlin und Bundesvorstand) veranstaltet deshalb zusammen mit dem Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg am 29. März um 11:00 Uhr eine Gedenkveranstaltung für Wilhelm Liebknecht. Sie findet statt an seinem Grab auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde/Gedenkstätte der Sozialisten, Gudrunstr. 33, 10365 Berlin-Lichtenberg.



Nach 2019 und 2023 veranstaltet das Säkulare Forum Hamburg e.V. in diesem Jahr wieder einen Humanistentag. Prominentester Redner ist der bekannte Philosoph Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin. Er war der Kulturstaatsminister in der rot-grünen Bundesregierung (Schröder I)

und Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission. Seit 2022 ist er Rektor der Humanistischen Hochschule Berlin. Sprechen wird er zum Thema: „Der Epochenbruch: Plädoyer für eine erneuerten, kosmopolitischen Humanismus.“

Ort: Patriotische Gesellschaft von 1765, Trostbrücke 4 – 6

Zeit: 13 Uhr, Eintritt frei

Das vollständige Tagesprogramm von 09:30 bis 20.00 Uhr ist zu finden unter:

<https://www.sf-hh.org/hamburger-humanistentag/>

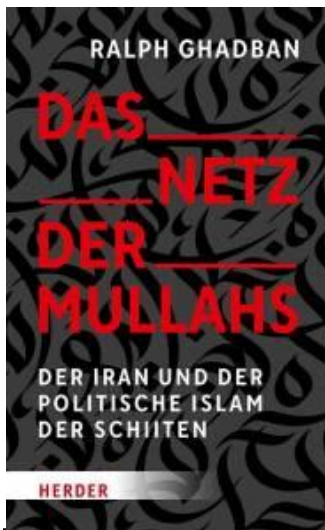


Krise des Religionsunterrichts

Vortrag von Prof. Hartmut Kreß bei der Stiftung Demokratie Saar

Der derzeitige Religionsunterricht steckt in der Krise: Mancherorts sind kaum noch kirchlich gebundene Schüler:innen vorhanden, zugleich wird die Religionszugehörigkeit vielfältiger. Schüler:innen müssten in kleinteilige Gruppen aufgeteilt werden, um diversen Religionsunterricht anzubieten sowie ein Ersatzfach, das auch konfessionsfreien Schüler:innen als Option zur Verfügung steht. Wie kann ein übergreifendes, nicht bekenntnisgebundenes Fach als Alternative aussehen? Dieser Frage widmet sich ein Vortrag von Prof. em. Hartmut Kreß bei der Stiftung Demokratie Saar am 20. April um 18 Uhr in Saarbrücken. Eine Teilnahme ist vor Ort sowie online per Livestream möglich. Details zur Veranstaltung mit Links zur Anmeldung und zum Livestream finden sich unter: <https://www.stiftung-demokratie-saarland.de/vortraege/vortraege-und-lesungen/religions-oder-ethikunterricht8016>

Buchtipps



ISBN: 3-451-03586-3)
368 Seiten, Hardcover
2026 - EUR 26,00

Das Netz der Mullahs

Ralph Ghadban

Der "Gottesstaat" Iran, eine radikale Theokratie, ist in Wirklichkeit ein fundamentalistisch-extremistischer Terrorstaat, der die eigene Bevölkerung brutalst unterdrückt, - wie in der blutigen Niederschlagung der jüngsten Unruhen klar zu erkennen -, und den Frieden in der Region mit Hilfe von Terrororganisationen wie der Hisbollah und dem massiven Antisemitismus gefährdet. Soweit ist das bekannt - und einige werden sicherlich auch noch die Zeit Persiens vor Ayatollah Khomeini und dem SAVAK-Regime unter Schah Reza Pahlevi erinnern, der die Bevölkerung, obwohl westlich orientiert, ebenfalls massiv unterdrückte. Aber die weitere Geschichte davor und vor allem die religiös-geschichtlichen Kontexte um die inner-islamische Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Schiiten ist den meisten Menschen bei uns weitgehend unbekannt. Hier bietet diese Darstellung tiefgründige Abhilfe und lässt die Zusammenhänge deutlicher vor Augen treten.

<https://www.ardsounds.de/episode/urn:ard:episode:83ec62da5cb19be9/>



176 Seiten Broschur
18,00 Euro 2026
978-3-8012-0716-8

SPD und Kirchen im Wandel

Bernd Weber

Wie hielt es die SPD früher mit den christlichen Kirchen in Deutschland und wie hält sie es heute? Übersichtlich fasst Bernd Weber eine 160-jährige Geschichte zusammen, die feindselig begann, tiefe Fremdheit überwand und sich zu respektvoller Annäherung entwickelte.

Über Jahrzehnte hinweg standen sich Sozialdemokratie und Kirche äußerst kritisch gegenüber. Warum war das so? Und was ermöglichte später ein neues Verhältnis auf Augenhöhe?

Fundiert und gut lesbar analysiert Bernd Weber zentrale Stationen der Partei- und Kirchengeschichte: von der Ablehnung religiöser Institutionen durch frühe Sozialisten bis hin zu einer sozialdemokratischen Politik, die sich auch an christlichen Werten orientiert. Zugleich zeigt das Werk, wie beide Institutionen – trotz unterschiedlicher Grundlagen – gemeinsam zur Stabilisierung der Demokratie beigetragen haben und heute beitragen können.

[Rezension in der FAZ vom 3.3.2026](#)

Weitergabe des Newsletters an Interessierte erlaubt und erwünscht!
Informationen auf unserer Website aksh.spd.de – bei Interesse [hier](#) anmelden.